



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

13.04.06

Helgoland in Berlin besser in Position bringen

Bürgermeister Frank Botter und SPD-MdB Ernst Dieter Rossmann führen Gespräche in Berlin

Auch wenn offen ist, ob und wie lange Helgoland noch zum Kreis Pinneberg gehört, ist dies kein Grund für Helgolands Bürgermeister Frank Botter und den SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, die gute Zusammenarbeit für die Interessen Helgolands zurückzustellen.

Nach der erfolgreichen Klärung, dass in der Zukunft auch weiterhin die Ausfuhr von 200 Zigaretten zollfrei bleibt und von der Bundesregierung keine Absenkung angestrebt wird, standen bei den jüngsten Gesprächen in Berlin, die die beiden Politiker kürzlich durchführten, kulturelle Fragen, das von Helgoland angestrebte neue Hafenkonzzept und die Forderung nach einer nationalen Küstenwache im Vordergrund. In Verhandlungen mit der Kulturbeauftragten der schleswig-holsteinischen Landesvertretung in Berlin konnten dabei konkrete Abmachungen erreicht werden, für das Jahr 2007 endlich eine Präsentation Helgolands in der Landesvertretung vorzunehmen.

Anlass hierfür soll die 50-jährige Wiederkehr des Todestages des großen Helgoländer Fotografen Franz Schensky sein, dessen neu entdeckte Sammlung alter

Fotografien in den Mittelpunkt einer Helgoland-Präsentation in Berlin gestellt werden soll.

Ein wichtiges Anliegen, das Helgoland Bürgermeister Frank Botter zusammen mit der Gemeindevertretung der Insel schon seit Längerem verfolgt, ist die Neuordnung der Hafenlandschaft und deren Zuständigkeiten. In der Vergangenheit hatte es hierzu wiederholt Beschwerden gegeben, was die Mitnutzung der bundeseigenen Häfen angeht. Botter und Rossmann machten anlässlich einer Gesprächsrunde mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Verkehrsministerium, Karin Roth, deutlich, dass hier die Verwaltungsgespräche dringend wieder aufgenommen werden müssten. Karin Roth sagte den beiden Vertretern aus dem Kreis Pinneberg zu, dass sie hierzu bereits den Auftrag gegeben habe, die Helgoländer Wünsche zu überprüfen und zwischen den Verwaltungen abzuklären, wie weit die Interessen der Hochseeinsel besser berücksichtigt werden können.

Keine Einigung konnte erzielt werden in Bezug auf die Forderung der Inselpolitiker, aber auch der gesamten deutschen Insel- und Halligkonferenz und des Landes Schleswig-Holstein, nach Einrichtung einer nationalen Küstenwache. Immerhin ist hier im Koalitionsvertrag ein Prüfauftrag erstmals verankert, der das bisher erreichte Konzept eines Havariekommandos und eines maritimen Zentrums in Cuxhaven einer Prüfung unterziehen soll. Rossmann erneuerte im Gespräch mit Karin Roth die Forderung, bereits jetzt die Einrichtung einer nationalen Küstenwache mit in Angriff zu nehmen. Dem stehen allerdings Widerstände aus den Ländern, insbesondere aus Niedersachsen entgegen, die keine Kompetenzen an den Bund abgeben wollen.

Mehr Übereinstimmung konnte dagegen verzeichnet werden bei den Forderungen, das Leistungsprofil des neuen Hochseeschleppers, für den im Bundeshaushalt jetzt entsprechende Mittel bereit stehen, nachzuverbessern, insbesondere in Bezug auf den Pfahlzug, die Geschwindigkeit und die Anpassungsfähigkeit des Tiefgangs. Offen bleibt hier die Frage des Gas- und Explosionsschutzes, die noch einmal einer Expertenkommission untersucht werden soll. Insgesamt waren Botter und Rossmann mit den Gesprächen in Berlin hochzufrieden. Rossmann: „Auch wenn Manches bei den Behörden ein bisschen Zeit braucht, so gibt es doch immer wieder einen Schritt nach vorne. Besonders freue ich mich darauf, dass Helgoland sich absehbar in Berlin mit einer interes-

santen Präsentation seinem großen Freundeskreis darstellen kann.“

*BU: Diskutierten in Berlin über Helgoländer Fragen:
SPD-MdB Rossmann, die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth und Helgolands Bürgermeister Frank Botter (v.l.n.r.)*